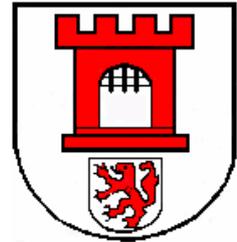


SPD-Stadtbezirk Porz / Poll

An die
Presse



SPD Stadtbezirk Porz/Poll

Hauptstr. 327, 51143 Köln
Telefon 0 22 03 / 5 21 44
Fax 0 22 03 / 5 10 44

www.porzspd.de

Vorsitzender
Ingo Jureck
Ricmudisweg 11, 51149 Köln
Telefon 0 22 03 / 18 10 18
Fax 0 22 03 / 18 10 17
Mobil 0173 / 88 734 55
Mail: jureck@t-online.de

Geschäftsführer
Lutz Tempel
Van-Kempen-Straße 13, 51143 Köln
Telefon 0 22 03 / 98 07 74
Fax 0 22 03 / 98 07 75
Mobil 0178 / 38 257 75
Mail lutz.tempel@koeln.de
Web www.lutz-tempel.de

CDU zieht Krämer zurück

In der letzten Ratssitzung entschuldigte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Winrich Granitzka öffentlich für das Fehlverhalten aus seiner Partei. In der gleichen Sitzung schlug die CDU-Fraktion den Porzer Bezirksvorsteher Horst Krämer als Vertreter der Stadt im Kuratorium der Porzer Krankenhausstiftung vor, zog ihn schließlich aber dann doch wieder zurück.

Krämer muss sich derzeit vor dem Kölner Landgericht im sogenannten CDU-Spendenprozess verantworten.

Dazu bemerkt der Porzer SPD-Vorsitzende Ingo Jureck: "Ein deutliches Zeichen. Es kann nicht angehen, dass wir jemanden als offiziellen städtischen Vertreter in ein Gremium entsenden, gegen den in einem Spendenprozess ermittelt wird. Und das in einer Ratssitzung, in der vollmundig Transparenz und Aufklärung gefordert wurde."

Zudem verwundert Jureck, „dass Horst Krämer vor dem Landgericht aufgrund seiner angegriffenen Gesundheit eine Befreiung von der Anwesenheitspflicht bei Verhandlungsterminen beantragt, gleichzeitig aber das bedeutende Amt eines Bezirksbürgermeisters weiter ausübt und darüber hinaus in weitere Gremien aufrücken möchte. Auch auf Karnevalsitzungen ist er derzeit omnipräsent. Da passt doch etwas nicht zusammen.“

Jureck weiter: „Ich hoffe sehr, dass auch die Porzer CDU die Kraft zur Selbstreinigung besitzt. Eine personelle Erneuerung ist nach dem Rücktritt Josef Müllers nicht nur notwendig, sondern dringend erforderlich. Das ist für die CDU unter Umständen schmerzhaft. Aber nur so können die Politik und alle Parteien verlorenes Vertrauen der Wählerinnen und Wähler wieder zurückgewinnen.“

17. Februar 2009

